

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wohlfahrtsstr. 10.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streichand,
in Breslau bei Emil Klabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Bremen,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. L. Daube & Co.
Hauptstadt & Vogler,
Königsplatz.
In Berlin, Dresden, Göttingen,
beim „Juwelendank.“

Nr. 566.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Dienstag, 15. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

Zusätze 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1876.

A m t l i c h e s.

Berlin, 14. August. Der König hat dem Stiftdirektor Bern-
hard Richter in Raumburg a. S. den Charakter als Justizrath ver-
liehen, und den Bürgermeister Mathias zu Gnesen, der von
der dortigen Stadtverordnetenversammlung getroffenen Wiederwahl
gemäß, als Bürgermeister der Stadt Gnesen für eine fernere
zweijährige Amtsdauer bestätigt.

Der Reg.-Ass. Wilhelm Weyde hieselbst ist zum Mitgliede der
königl. Direktion der Oberöstr. Eisenbahn in Breslau und der Reg.-
Ass. v. v. Dürers hieselbst zum Mitgliede der königl. Eisenbahn-
Direktion in Elberfeld ernannt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 14. August.

— In Bezug auf die verschiedenen Ansichten von der Bedeutung,
welche in dem bevorstehenden Reichstags-Wahlkampf der Sozial-
demokratie beizulegen sei, schreibt die „Nat.-Lib. Kor.“:

„Der Eine meint, wenn auch die Sozialdemokratie noch einige
Parlamentssitze mehr erobere, so werde man sich doch vor einer sol-
chen Handvoll Leute nicht fürchten und der Andere, der dem Besi-
mismus kuldiert, hält es sogar für ganz willkommen, wenn die Her-
ren das nächste Mal in imposanter Schaar aufmarschieren, denn so
allein werde der deutsche Philister aus seiner unthätigen Sorglosigkeit
aufgeweckt werden. Wer in solcher Weise das Moment der Furcht in
den Vordergrund schiebt, verkennt durchaus das Wesen der Frage.
Geradezu lächerlich ist es ja, wenn sozialdemokratische Blätter in den
Ermahnungen zur energischen Bekämpfung ihrer Partei das „Zittern
der Bourgeoisie für ihren Geldsack“ erblicken wollen. Man weiß auf
jener Seite selbst sehr wohl, daß in Deutschland eine sozialistische Re-
volution nach Weise des pariser Kommune-Aufstandes zum mindesten
noch auf sehr lange Zeit hinaus zu den Unmöglichkeiten gehört. Und
wäre sie dennoch möglich, dann würde die heutige Gesellschaft nicht,
wie der „Volksstaat“ meint, des „Militarismus“ bedürfen, um dersel-
ben Herr zu werden, sondern die selbstgeschaffene Bürgerwehr würde
genügen, diesen importirten Versuch praktischen Sozialismus mit
deutscher Gründlichkeit den Garaus zu machen. Aber um solchen außer-
ordentlichen Nothfall handelt es sich gar nicht. Vielmehr steht die Frage le-
diglich so, ob wir eine Ursache wirtschaftlichen und politischen Rück-
gangs beseitigen wollen oder nicht. Daß die sozialdemokratischen Wüh-
lereien in unserer wirtschaftlichen Thätigkeit bereits von nachtheiliger
Wirkung gewesen sind, wird, außer den Sozialdemokraten selbst,
von Niemandem bestritten. Es mag dahingestellt bleiben, ob die plötz-
liche und außerordentliche Erhöhung der Arbeitslöhne die durch das
Steigen der Lebensmittelpreise und das Sinken des Geldwerthes natur-
gemäß gerechtfertigte Stufe beträchtlich überschritten hat oder nicht;
aber daß zugleich die Arbeitsleistung in Quantität und Qualität ge-
ringer geworden ist, muß nach dem fast übereinstimmenden Urtheil der
Sachverständigen als traurige Wahrheit angenommen werden. Und wie
wäre es anders zu erwarten, wenn den Arbeitern Tag für Tag vor-
gepredigt wird, daß sie um die eigene Frucht ihres Schweißes betrogen
werden, wenn die Freude an dem Werk seiner Hände dem Arbeiter
systematisch vergällt, und er seinen Arbeitgeber als herzlosen Ausbeu-
ter und Auswucherer zu blicken genöthigt wird! Was aber das politi-
sche Gebiet anlangt, so finden die Anzeichen, welche das ungeschwächte
Andauern und Weiterwachsen des Sozialismus schließlich führen
müßte, im letzten Winter wahrlich deutlich genug hervorgetreten. Zu-
nächst werden notwendige oder wenigstens wünschenswerthe gesetzge-
berische Reformen dadurch zurückgehalten — es ist bekannt, daß das
Strafgesetzbuch aus Rücksicht auf die sozialdemokratische Agitation
um ein Haar gescheitert wäre, und an die reichsverfassungsmäßige
einheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts für ganz
Deutschland, welche z. B. im Interesse Mecklenburgs dringend nöthig
wäre, ist unter den gegenwärtigen Umständen gar nicht zu denken —;
jodann aber tritt auch bereits das Bestreben hervor, unsere Gesetzge-
bung in den die Freiheit des Handelns betreffenden Bestimmungen um
ein ganzes Stück zurückzuschrauben. Die Debatten des letzten Win-
ters über die Strafgesetznovelle sind noch in aller Gedächtnis. Auch
dieser, welche der Regierung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie
jedoch erdeltliche Mittel zu gewähren bereit sind, mußten zugestehen,
daß jene Novelle, würde sie zum Gesetz erhoben, mit einem Federzuge
eine Reihe der werthvollsten freiheitlichen Errungenschaften vernichten
würde. Sie ist abgelehnt worden in dem festen Vertrauen, daß es
dem deutschen Volk auch ohne die Hilfe des Strafrichters gelingen
werde, das Gift der sozialistischen Theorien aus eigener Kraft zu
überwinden. Die bevorstehenden Reichstagswahlen werden nun ge-
wisser Maßen die Probe auf das Exempel sein. Würden sie abermals
ein Weiterwachsen der Sozialdemokratie erweisen, so könnte dadurch
die Anschauung, aus welcher die Strafgesetznovelle hervorgegangen,
eine sehr wirksame Unterstützung erhalten. Es handelt sich also ge-
radezu darum, den Beweis zu führen, ob das deutsche Volk für die
Kulturstufe, welche in der Gesetzgebung ihren Ausdruck gefunden hat,
überhaupt reif war, beziehungsweise ob es dieselbe zu behaupten ent-
schlossen ist oder nicht. Daß diese Frage im Sinne eines unter allen
Umständen beizulegenden Rückschlusses entschieden werden konnte,
daß, und durchaus nicht die Gefährdung des „Geldsacks der Bour-
geoisie“ ist es, was wir von einem neuen glänzenden Siege der So-
zialdemokratie befürchten, und darum dünnt es uns jedes Mannes, der
für freieheitliche Kulturentwicklung ein Herz hat, heiligste Pflicht, für
kräftigste Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen
zu werben.“

— Der Kultusminister Dr. Falk hat auf ein diesbezügliches Ge-
such des Rabbiners Dr. Zuckerman hieselbst mitgetheilt, daß er
ihm für seinen Aufenthalt in Wien behufs Herausgabe eines Tossif-
Teres (kasuistischer Kommentar zum Talmud) 400 Mk. bewilligt habe.
Des Weiteren bemerkt der Kultusminister in diesem Schreiben, daß,
falls die Druckkosten erwähnten Werkes durch die Abonnementen nicht
gedeckt werden würden, die fehlende Summe aus der Generalkasse des
Ministeriums gewährt werden solle.

— In der am Mittwoch abgehaltenen letzten Sitzung des Ge-
meinderathes von St. Johannis brachten mehrere Mitglieder
des Kollegiums nachstehenden Fall zur Sprache: Die Leichenwächter
Schmidtschen Eheleute im städtischen Barackenlazareth ersuchten am
13. Juli den Prediger der Gemeinde, Herrn Brochnow, um die
Totbtaufe ihres schwererkrankten Kindes; Herr Brochnow war
jedoch verhindert, die Handlung selbst zu vollziehen und schickte des-
halb seinen Hülfsprediger Teschendorf. Dieser hielt es aber für an-
gezeigt, sich zuvörderst weniger um den kranken Tausling, als um den
Befindlichkeit der Eltern zu kümmern; er erkundigte sich, ob die-
selben kirchlich getraut seien, und als die Frage verneint wurde mit

dem Bemerken, man habe nicht gewußt, daß neben der Trauung auf
dem Standesamte noch eine Trauung nöthig sei, erwiderte der Herr
Hülfsprediger, das Zivilstandsamt habe damit gar nichts zu schaffen,
der Standesbeamte schreibe die Ehen nur ein, ebenso wie der Küster,
und wenn die Eltern nicht noch am selben Tage das Veräumte nach-
holten, könne er auch ihr Kind nicht taufen. Die Eltern, die ihr
Kind nicht ungetauft sterben lassen wollten, versprachen in ihrer
Angst, am folgenden Tage in der Kirche zu erscheinen, und nun erst
vollzog der Herr Hülfsprediger die Taufe. — Ein derartiges Ver-
fahren bezeichnete man im Gemeinderath als ein dem milden
Geiste des Christenthums und der Pflicht eines Religionsdieners
widerstrebendes und verlangte Garantien dafür, daß solche und ähn-
liche Härten in Zukunft vermieden werden; da aber Prediger Broch-
now selbst erklärte, er könne diese Handlungsweise seines Hülfspredi-
gers nicht gutheißen, und da außerdem Herr Teschendorf mittlerweile
eine Pfarrstelle in der Lausitz angenommen hat, stand der Gemein-
derath vorläufig von weiteren Schritten ab.

Münster, 7. August. Die Eltern derjenigen Elementarschul-
kinder, welche am Tage der großen Prozession die Schule
nicht besucht haben, erhielten laut dem Westf. Merkur folgende Zu-
sendung: „Straf-Verfügung. Nach der eingegangenen Abwesenheits-
liste hat Ihr Kind . . . am 10. Juli d. J. den ganzen Tag in der Schule
gefehlt, weshalb nach ausdrücklicher Anordnung königlicher Regie-
rung am besagten Tage der schulplanmäßige Unterricht nicht aus-
fallen durfte. Es wird demnach auf Grund des § 20 des Gesetzes
über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und in Folge Ver-
fügung der königlichen Regierung vom 12. v. Mts. eine Exekutiv-
strafe von 1 M. 50 Pf. gegen Sie festgesetzt, welche binnen 14 Tagen
an die städtische Kammereasse hieselbst einzuzahlen ist und an deren
Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von einem Tage tritt.
Finden Sie sich gegen diese Festsetzung beschwert, so steht Ihnen frei,
den Rekurs an die königliche Regierung hieselbst einzulegen, welcher
aber bei Verlust des Rechtes dazu binnen 10 Tagen, vom Tage der
Bekundigung dieser Verfügung an gerechnet schriftlich eingebracht
oder im Polizeibureau zu Protokoll erklärt werden muß. Münster,
den 2. August 1876. Die Ortspolizeibehörde. Offenber.“

Dresden, 11. August. Der Streit, welcher im Königreich Sachsen
zwischen Fortschrittspartei und Nationalliberalen
lang bestand, scheint von seiner Schroffheit verloren zu haben, und
wenigstens dort, wo es einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen giebt,
werden beide Parteien einig vorgehen. Man schließt dies aus der
warmen Empfehlung, welche der fortschrittliche Landtagsabgeordnete
Kurt Starke am 5. August in der Versammlung des Fortschritts-
vereins zu Witwea dem nationalliberalen Kandidaten für die Reichs-
tagswahlen, Handelskammersekretär Dr. Senfel angedeihen ließ. Man
hofft, durch dieses Zusammengehen dem bisherigen sozialdemokratischen
Vertreter des Wahlkreises, Wahlteich, eine Niederlage zu bereiten.
Wird das gute Beispiel auch anderweitig befolgt, so ist zu erwarten,
daß die Zahl der sächsischen Sozialdemokraten im deutschen Reichstage
von sechs auf die Hälfte reduziert wird.

Stuttgart, 10. August. Der Wahlbewegung schreibt
man der „M. Z.“: Es ist der Deutsch-konservativen Partei nun doch
gelingen, einen Namen aus Württemberg aufzutreiben, sogar für ihren
Vorstand. Es ist der Direktor der Rentenanstalt in Stuttgart, R.
Feser, ein Mann, der unter dem kleinen Häuflein der strengen Luth-
eraner in unserem Lande eine Führerrolle einnimmt. Da aber diese
Partei in Württemberg zwar etliche Führer besitzt, aber keine Truppen,
so ist schon daraus zu entnehmen, daß der Zug, den die neue Partei
aus Schwaben erhält, ein höchst beachtenswerth ist. Bezeichnend ist,
daß man aus unseren Adelskreisen keine Teilnehmer gewonnen hat oder
hat werben können. Alles was von unserem Adel bisher der Politik
sich gewidmet hat, zeigt mehr Neigung zu den Freikonservativen,
als zur preussischen Unterpartei. Aber auch die religiös Strengen
im Lande werden zum kleinsten Theile der Fahne des Herrn Feser
folgen; weit erheblicher als die konfessionellen Lutheraner sind die ver-
schiedensten pietistischen Gemeinschaften, die bisher eine der deutschen
Partei befremdete Stellung eingenommen haben und vorwiegend
verharren werden. Uebrigens ist im Allgemeinen noch wenig Neg-
samkeit in Bezug auf die Wahlen zu vernehmen, auch das Geplänkel
in der Presse hat bis jetzt einen ziemlich akademischen Charakter. Von
einem Interesse ist bloß das gegenseitige Geplänkel, daß sich in der
Klerikalen und in der demokratischen Presse über die Allianz ad hoc
gepinnt. Seitdem Karl Mayer auf jede Bemerkung Verzicht
gethan und unerschrocken das Bündniß mit den Klerikalen proklamirt
hat, ist dieses Thema im „Vorbacher“ mehrmals varirt worden.
Neulich erklärte er wieder, die Demokraten dürften kein Bedenken
tragen, dem Kandidaten einer anderen oppositionellen Partei die Stim-
men zu geben, sei er Sozialdemokrat oder Ultramontaner. „Zunächst
handelt es sich darum, der Bismarckerei Opposition und dem Volke
begreiflich zu machen, daß und warum der Nationalliberal seinen
Beutel gefährlicher als der Sozialdemokrat, und der Bismarck seiner
Freiheit gefährlicher ist, als der Ultramontane.“ Man muß es unse-
ren Klerikalen zum Lobe nachsagen, daß sie sich doch einigermaßen be-
sinnen, ehe sie in die Hände solcher Gezellen einschlagen. Auch ist es
ist der Anwendung des Bündnisses auf einzelne Fälle, wo jede Partei
den Gewinn daraus ziehen möchte, bereits zu erbaulichen Sackeleien
zwischen den Verbündeten gekommen.

Paris, 11. August. Dem Marschall Mac Mahon wieder-
fuhr vorgestern Abend um 7 Uhr, als er sich in Begleitung seiner
Gemahlin in einer Postkutsche von Paris nach Versailles begab, ein
Unfall, der leicht bedenkliche Folgen hätte haben können. Als nämlich
der Wagen Bille d'Aray erreichte und sich dem Kirchplatz näherte,
wurden die Pferde durch die Trommel eines Feldwächters, der dort
eben kund und zu wissen that, daß am 15. August (dem Napoleons-
tage) politische Demonstrationen irgend welcher Art nicht gestattet
seien, scheu gemacht und gingen durch. Nachdem sie bereits den Wagen
eines Gemüsebauern umgerannt und ihren eigenen Kutscher vom Bod
geschleudert hatten, wandten sie sich einem engen Gäßchen zu, in
welchem die Insassen des Wagens das Schlimmste zu befürchten ge-
habt hätten, als ein Kaufmann von Bille d'Aray sich muthig den
Pferden in die Zügel warf und sie im Verein mit zwei anderen Bür-
gern glücklich zum Stehen brachte. Der Marschall und die Mar-
schallin verließen nun das übel zugerichtete Gefährt und setzten in
einem anderen Wagen die Fahrt nach Versailles fort. — Wie aus
einem Gesegentwurf hervorgeht, welchen die Regierung der Depu-
tirtenkammer übergeben hat, belaufen sich die Ausgaben, welche
Frankreich für die Beobachtung des Venusdurchgangs
gemacht, auf 425,000 Fr., England verausgabte für den näm-

lichen Zweck 1,200,000 Fr. und die Vereinigten Staaten von Nord-
amerika 1,000,000 Fr. — Am heutigen Tage, am 84. Jahrestag
der Erklärung der ersten französischen Republik, bringen fast alle republikanischen Blätter Festartikel, in welchen
entwickelt wird, Ludwig XVI. und Marie Antoinette seien an ihrem
Unglück selber schuld gewesen, „weil sie Frankreich an das Ausland
verrathen. Die „Republique française“ meint, die in Wien veröffent-
lichten Briefe der unglücklichen Königin bewiesen zur Genüge, daß der
damalige französische Hof Frankreich dem Auslande habe überliefert
wollen. Mehrere Bankeite, das vornehmste in Saint Mandé bei
Paris, fanden statt. Dem von Saint Mandé wohnten mehrere res-
publikanische Deputirte an. — Das Gesuch des Don Carlos,
seinen Aufenthalt in Paris nehmen zu dürfen, ist, dem „National“
zufolge, von der Regierung schlecht aufgenommen und der Beschluß
darauf vertagt worden. — Im pariser „Journal des De-
bats“ erklärt der bekannte Publizist und Akademiker John Le-
moine es namentlich für Englands Pflicht, seinen weitreichenden
Einfluß in Konstantinopel gegen eine Wiederholung der bulgari-
schen Greuel mit aller Entschiedenheit geltend zu machen. In
den Augen Europas sei das offizielle England der Beschützer der
Türkei, ihm werde daher auch die Verantwortlichkeit für das Verhal-
ten der Pforte zufallen.

„Mehr als einmal“ — fahren die „Debats“ fort — „haben wir
es gesagt und Herr Gladstone hat es leghin mit noch größerer Auto-
rität ausgesprochen: Man arbeite für Rußland, indem man alle mor-
genländischen Christen bei dem Glauben läßt, daß sie nur in ihm
einen Freund und Beschützer haben. Wir haben in diesem Augenblick
nicht zu untersuchen, auf welcher Seite man zuerst Unrecht gehabt hat;
wir haben nie zu Aufständen gerathen oder ermuntert, welche keine
Aussicht auf einen Erfolg in der Gegenwart hatten. Hier handelt es
sich ganz einfach um die ersten und elementarsten Menschlichkeitsprin-
zipien. In dem die Türken den Aufruhr bekämpfen, verlegen und
schänden sie alle göttlichen und menschlichen Gebote, und diese Schand-
thaten und Grausamkeiten werden unter dem angeblichen Schutze
Englands verübt. Wir wissen wohl, daß die Engländer sich mit Ab-
sicht davon abwenden; wir lassen der Entrüstung Gerechtigkeit wi-
derfahren, die sich im Parlamente und in der Presse Bahn gebrochen
und bewirkt hat, daß der Premierminister es nicht wagte, dem Leicht-
sinn, mit dem er die ersten Angaben über die Unthaten der Türken
beurtheilt hatte, selbst das Wort zu reden. Aber die öffentliche Mei-
nung in Europa ist darum nicht weniger von der Idee durchdrungen,
daß die englische Regierung der Bormund, Rathgeber und der ver-
antwortliche Geschäftsführer der Türkei, und daß es ihre Sache ist,
sie zur Ruhe zu setzen und ihr die gewöhnlichsten Menschlichkeitsbe-
griffe beizubringen. Es bleibt nicht ohne Folgen, wenn Unbefähigte
in voller Parlamentsversammlung mit der Meldung auftreten, daß alle
Zeitungsberichte in anderweitigen Korrespondenzen ihre Bestätigung fin-
den, daß ein nach Bulgarien entsandter Vertreter der Botschaft schon
am ersten Tage die Entführung von 60 Ortschaften, die Ermordung
von 12,000 Einwohnern zu verzeichnen hatte, und wenn in einer Frage
auswärtiger Politik, in der die Engländer fast immer einig sind, der
Führer der Opposition es rund herausagte, der Premierminister
würde nicht gesprochen haben, wie er es that, wofür er besser unter-
richtet gewesen wäre.“

Rom, 9. August. Der „Polit. Kor.“ wird unter vorstehen-
dem Datum von hier folgendes berichtet:

Gegenüber den in auswärtigen Blättern verbreiteten Angaben,
wonach der Papst an die katholischen Bischöfe in der Türkei ein
Breve erlassen haben soll, kann bestimmt versichert werden, daß dem
nicht so sei. Es ist dies auch gar nicht notwendig gewesen, da die
katholischen Bischöfe des ottomanischen Reiches spontan eine solche Hal-
tung bewahren und einen solchen Einfluß auf ihre Diözesanen üben,
daß die Regierung des Sultans über diese Unterthanen gar keine
Klage zu führen Grund haben kann. In einer Sitzung der Kongrega-
tionen wurde der Beschluß gefaßt, daß der Papst sich persönlich jeder
Eingemischung in die türkischen Angelegenheiten in so lange enthalten
solle, bis nicht die Pforte aus eigener Initiative die Öffnung offi-
zieller diplomatischer Beziehungen zum Vatikan beantragt haben würde.
Daß bei der Pforte Neigung vorhanden sei, mit dem Vatikan in Ver-
handlung zu treten, erscheint nach verschiedenen konkreten Anzeichen
unbefreitbar. Soeben ist der bekannte Maronitenhäuptling Jusuf
Karam aus dem Libanon hier eingetroffen. Wie berichtet wird, ist
er von dem türkischen Gouvernement mit der Mission betraut, Ver-
handlungen über die katholischen Angelegenheiten des ottomanischen
Reichs mit dem Vatikan anzuknüpfen. Es heißt, daß er Vollmachten
habe, bedeutende Konzessionen für die katholische Kirche anzubieten. Im
Vatikan rüstet man sich auch für die angekündigte Hieherkunft des
Kaisers von Brasilien, welcher, wie zu erwarten ist, seiner
Heiligkeit einen Besuch abstatten wird. Bei dieser Gelegenheit dürften
die Freimaurer-Angelegenheiten in Brasilien zur ausführlichen Be-
sprechung kommen. Das den Ministern in Turin gegebene
Bankett hat großen Standal aufgewirbelt. Bekanntlich hat Mi-
nisterpräsident Depretis bei dieser Gelegenheit eine sehr gemäthige
Rede gehalten. Dagegen hat die Rede des Bankettpräsidenten, des
Deputirten Villa mehrere Sturmbausbrüche der Entrüstung hervorge-
rufen, indem er gegen das frühere Ministerium in bestiger, insolenter
und skandalöser Weise sich aussprach. Die Rede wurde häufig von
energischen Protesten unterbrochen. Die Krone setzte dem Ganzen der
Chefredakteur der „Gazetta del popolo“ auf, welcher, von spirituellen
Genüssen etwas erhitzt, so unvernünftige Dinge vorbrachte, daß er
nicht nur zum Schweigen, sondern auch noch mit vier anderen Per-
sonen aus dem Bankettstale gebracht werden mußte. Dem Bankette
wohnten drei Minister und alle Behörden der Stadt bei.

London. Die englische Regierung hat wieder eine Reihe von
Schriftstücken ausgegeben, welche sich auf die von den Türken
theils wirklich begangenen, theils ihnen nur zur Last gelegten Graus-
amkeiten beziehen. Dieselben erstrecken sich fast bis auf die Gegen-
wart, denn die letzte Depesche ist vom 9. August datirt; der Inhalt
der Schriftstücke ist nach der „M. Z.“ folgender:

Der Schriftwechsel beginnt mit einem Telegramm Lord Derby's
an den Bischof Dupuis in Adrianopel, vom 14. Juli, worin letzterer
beauftragt wird, sich nach Philippopol zu begeben und mit eigenen
Augen sich von dem Sachverhalt zu überzeugen. Am 21. Juli telegra-
phirt Dupuis, daß von den irregulären Truppen schlimme Gewalt-
thaten begangen worden seien, doch nicht in solchem Maße, wie es in den

stark übertriebenen Schilderungen dargestellt worden; die Menge der Getödteten erreichte nicht die Ziffer 15,000. Am 14. Juli schreibt Sir H. Elliot an Derby, er fordere immer aufs Neue Beendigung der Gewaltthaten und legt einen Bericht des von ihm abgesandten Herrn Sandifon ein. Dieser schreibt (am 11.) aus Tharapia an Sir H. Elliot, Midhat Pascha habe versichert, die regelmäßigen Truppen seien gar nicht zu tadeln, die unregelmäßigen hätten geplündert, aber nicht in der angegebenen Art. Weiber und Mädchen seien nicht verkauft, wohl sei viel Vieh weggetrieben, das werde aber jetzt zurückerstattet. Die Baschi-buzuks seien zu scheiden in die von der Regierung verwandten Theile und die, welche aus Furcht vor den Drohungen der Bulgaren zur Selbstvertheidigung gegriffen hätten. Deren Ausschreitungen zu hemmen, habe die Regierung weder Macht noch Gelegenheit. Grausamkeiten hätten die Bulgaren angefangen, ein Türke sei von ihnen gestört worden. Unter den zerstörten Dörfern seien auch viele mohamedanische. Frauen und Mädchen Gewalt angethan, liege nicht im Charakter der Türken. Herr Sandifon legt den Brief eines römisch-katholischen Herrn, der mit Wiener Zeitungen in Verbindung steht, bei. Der Brief war am 27. Juli von Philippopol aus an Savet Pascha geschickt, und erklärt, die Uebertreibungen gingen von Russland aus, Bulgaren hätten die Ermordung mohamedanischer Männer, Frauen und Kinder beabsichtigt gehabt. Sie selbst hätten ihre Dörfer verbrannt. Seit dem neuen Ministerium gäbe es keine Unordnungen mehr. Der beklagenswerthe Zustand des Landes rühre von dem Aufstande her u. A. m. — Am 17. Juli schreibt der türkische Minister des Auswärtigen an den Vosschaster Musurus Pascha nach London, daß die Erzählungen in englischen Zeitungen von unbegründeten Angaben und frechten Lügen wimmeln. Die Baschi-buzuks, Einwohner des vom Aufstande bedrohten Landes, hätten sich und das Ihrige nur vertheidigt. Mord und Blindeutung seien auf beiden Seiten begangen worden, aber die Thatsachen seien übertrieben. Die Empörer hätten ein allgemeines Blutbad der Mohamedaner beabsichtigt gehabt, sowie die Verbrennung Adrianopels und Philippopels. In einem Dorfe seien nicht 2000 Einwohner ermordet, sondern nur 90 im Kampfe getödtet. Die türk. Regierung habe neuerdings durch Kiani Pascha noch strengere Strafen vollziehen lassen. Am 19. Juli telegraphirt Sir H. Elliot, daß der Großvezir strengen Befehl gegen die Ausschreitungen der Baschi-buzuks erlassen habe: am selben Tage erhält Derby die Nachricht, daß Baring nach Philippopol abgegangen sei. Am 23. meldet Sir H. Elliot an Lord Derby, der Großvezir habe ihm strenge Maßregeln versprochen, mehrere Baschi-buzuks seien gehängt worden, ein Theil der Dörfer sei von den Aufständischen verbrannt worden, auch hätten letztere den Plan gehabt, die Mohamedaner in der Bulgarei auszuwurzeln. Lord Odo Russell bestätigt inzwischen (am 20.) dem Lord Derby die Vorfälle in der Bulgarei, gestützt auf Berichte, welche der deutschen Regierung zugegangen sind. Am 8. August schrieb Lord Derby in folgender Weise an Sir Henry Elliot:

Sir! Die Nachrichten von den in der Bulgarei begangenen Grausamkeiten werden fortwährend auf das lebhafteste besprochen und manigfach angezweifelt. Sie können das Entsetzen, welches jene Nachrichten hier selbst bei der Regierung und dem Volke hervorgerufen haben, kaum stark genug betonen. Ich bitte Ew. Excellenz, mir demnächst zu berichten, ob die Unruhen in der Bulgarei nach der Unterdrückung des Aufstandes noch angehalten haben und welcher Art die dabei vorgekommenen Ausschreitungen waren, so wie ferner, ob keine Gefahr für deren Erneuerung vorliegt. Ich bin u. (gez.) Derby.

Am folgenden Tage telegraphirte der Unter-Staatssekretär im Auswärtigen Amte:

Sir! Es erscheint wahrscheinlich, daß die Einnahme Saitchards zu der Befreiung einer großen Strecke serbischen Gebietes durch die Türken hinführen werde. Ich bitte demgemäß Ew. Excellenz, bei der Pforte aufs eindringlichste dahin zu wirken, daß die einmüthig den türkischen Truppen unter strenger Kontrolle gehalten, daß die nicht bemannete Bevölkerung geschont und eine Erneuerung der bulgarischen Grausamkeiten aufs energischste vermieden werde. Ew. Excellenz mögen auseinanderlegen, daß die Erneuerung eines solchen Schauspiels der Türkei mehr schaden werde, als eine verlorene Schlacht; daß der nicht mehr zu dämpfende Unwille Europas alsdann unfehlbar eine von der Pforte nicht erwünschte Einmischung herbeiführen werde.

Am 9. August liefen folgende zwei wichtige Telegramme von Sir Henry Elliot ein:

Ich habe bei der Pforte ganz entschieden dahin gewirkt, daß man die noch gefangen gehaltenen Bulgaren in Freiheit setze. Der Großvezir versprach es mir; nur müßte mit einigen Individuen, welche die Anstifter der Unruhen gewesen seien, eine Ausnahme gemacht werden. Tharapia, 9. August 1876.

Es ist unmöglich, in Betreff der bulgarischen Grausamkeit eine schärfere Sprache zu führen als ich dies schon gethan. Die Pforte bleibt bei ihrer Versicherung, daß jene Grausamkeiten weder von regulären Truppen noch von Baschi-buzuks, sondern von der über alles Maß erregten muslimanischen Bevölkerung begangen worden seien, welche sich von den Rebellen mit gänzlicher Ausrottung bedroht sahen. Der Zeitpunkt der Niederwerfung dieses Aufstandes kann nicht genau festgestellt werden, da starke Rebellenhaufen sich noch in den Gebirgen herumtrieben, als der Aufstand in der Ebene längst gedämpft war. Einige dieser Banden halten sich wahrscheinlich auch jetzt noch in den Gebirgen auf. Seit mehreren Wochen ist mir kein Fall von ähnlichen Ausschreitungen, wie die früheren, mehr zu Ohren gekommen. So lange man in diesem Zustande der Aufregung, der Erbitterung und der Gräueltthaten verbleibt, können ähnliche Szenen sich immer wieder ereignen; doch glaube ich nicht, daß dies in der Bulgarei abermals der Fall sein werde, falls sich nicht die christliche Bevölkerung noch einmal gegen die mohamedanische Bevölkerung erheben und jene zur Gegenwehr zwingen sollte. Trotz aller Anstrengungen der Regierung werden wir auch fernerhin noch viel von den Ausschreitungen zu hören bekommen, welche zumal die Freiwilligen sich auf dem Marsch zum Kriegsschauplatz zu erlauben pflegen.

Zu den Wahlen.

Die „Berl. Autogr. Corresp.“, das Organ der nationalliberalen Partei, präzisirt heut in folgendem Artikel die Stellung der Partei zur Regierung:

Die Wahlbewegung hat durch die offiziöse Mittheilung über die Absichten der Regierung in Betreff der Auflösung des Abgeordnetenhauses und des Reichstags und die Anberaumung der Wahltermine für beide Körperschaften ein festes Zeitmaß für die verschiedenen Stationen erhalten, welche durchzumachen sind, ehe die Wähler zum offiziellen Wahlakte schreiten. Von vorn herein war in den liberalen Kreisen, welche sich durch das Vertrauen ihrer Parteigenossen zur Leitung der Wahlbewegung berufen fühlten, die Mitte des Monats August als der Zeitpunkt ins Auge gefaßt worden, mit welchem die Wählerkreise aufzufahren seien, nimmere ungekündet die Vorbereitung der Wahlen in die Hand zu nehmen, damit zu diesem Zeitpunkt das öffentliche Leben bei uns wieder frisch zu pulsiren beginnt. Es bleiben von jetzt ab noch etwa 2 Monate, um die Stimmung der Wählerkreise in Bezug auf etwaige Veränderungen im Laufe der Legislaturperiode zu erforschen und je nach dem Ergebnis, welches sich dabei herausstellt, Kandidaten für die Wahlen zum preuß. Abgeordnetenhause aufzustellen, während die Sorge für die Reichstagswahlen als eine cura posterior vorläufig noch mehr im Hintergrunde bleibt, jedoch nicht außer Acht gelassen werden darf.

Nach den Nachrichten, die aus den verschiedenen Theilen der preussischen Monarchie eingegangen sind, kann man mit Zug und Recht behaupten, daß unsere innere politische Lage gegenüber derjenigen, welche bei den Wahlen des Jahres 1873 obwaltete, nicht in einer solchen Weise sich verändert hat, daß irgend welche grundsätzliche Veränderung in der Stellung der verschiedenen Parteien, die bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause mit einander in Konkurrenz treten, angezeigt wäre. Die nationalliberale Fraktion zum Mindesten hat es nicht nöthig, eine Revision der politischen Grundsätze vorzunehmen, von welchen sie seit ihrer Begründung geleitet worden

ist. Heute wie damals wird sie die preussische Regierung als die Regierung desjenigen Staates, dessen Politik maßgebend ist, für die nationale Entwicklung im deutschen Reiche, mit voller Ueberzeugung bei allen denjenigen Werken unterstützen, die eine Förderung der nationalen Ziele mit sich führen, weil sie sich dessen bewußt ist, daß auf dem Wege zu diesem Ziele hin der freihändlerische Ausbau auch der preussischen Staatsverhältnisse sich als eine notwendige Konsequenz ergibt, deren zeitlicher Eintritt durch widrige Umstände zwar hinausgeschoben, die aber niemals in ihr Gegenheil verkehrt werden kann. Die nationalliberale Fraktion, wenn sie sich nicht selber von den Wurzeln ihres Seins trennen, ihren organischen Zusammenhang mit den treibenden Kräften des deutschen Volkstums daran geben und in parlamentarische Gruppen sich auflösen will, die selbst von seinen Strömungen auseinandergetrieben werden, kann ihre bisherige Stellung nicht verändern. Sie kann sich nicht dazu herbeilassen, daß sie von Seiten einer Regierung, die sich nicht zu ihren politischen Grundätzen bekennt, lediglich unter dem Gesichtspunkte eines ausgiebigen Materials für die Bildung einer gouvernementalen Majorität verwendet werde.

Alle Hinweisen auf die englischen Verhältnisse sind so lange illusorisch, als nicht die preussische Regierung dieselbe Stellung zu der Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses einnimmt, wie die englische Regierung zu der Majorität des englischen Unterhauses. Solange die Auswahl der Minister in Preußen ohne Rücksicht auf die Uebereinstimmung ihrer Grundzüge mit denen der Majorität des Abgeordnetenhauses erfolgt, so lange der leitende Staatsmann nur aus Gründen der höheren Politik zum freihändlerischen Ausbau der Staatseinrichtungen die Hand bietet und sich die Hoffnungen der Reaktion sofort aufs Neue beleben, wenn durch das entschiedene Eintreten der Mehrheit des Abgeordnetenhauses für die liberalen Grundzüge eine Spannung zwischen derselben und der Regierung erzeugt wird — so lange wird die Aufforderung an die nationalliberale Fraktion, sich zu lösen von der ihr zielverwandten Fraktion der Fortschrittspartei und in eine konservativ-liberale Regierungsmajorität einzutreten, keine Wirkung erzielen. Die liberale Partei im Lande ist in sich nicht nach „Fraktionen“ geschieden, wie die liberalen Abgeordneten im Parlament, sondern ein großes Ganzes, innerhalb dessen, wie überhaupt in jeder größeren politischen Gemeinschaft, die Ansichten wohl im Einzelnen vielfach auseinandergehen, das aber in großen Zielen sich völlig einig weiß. Erst wenn die preussische Regierung sich mit diesen Zielen identifizirt und allen reaktionären Gesellen ein für alle Mal die Hoffnung, sich Geltung zu verschaffen, abgeschnitten ist, erst dann würde die Frage praktische Bedeutung gewinnen, ob innerhalb der liberalen Partei Elemente vorhanden sind, mit denen ein Regieren in Preußen unmöglich ist und denen daher nach Möglichkeit der Zutritt zum Parlament zu wehren wäre.

Sotsehen die Dinge angesichts der Wahlen zum preuß. Abgeordnetenhause im Oktober 1876 aber nicht. Keine Thatsache ist bekannt, welche darauf schließen ließe, daß mit dem neuen Abgeordnetenhause ein liberales Ministerium in das in Angriff genommene Reformwerk fortzuführen wird. Ebenso wenig haben sich innerhalb der Fortschrittspartei Stimmen, die Beachtung verdienen, erhoben, woraus man den Schluß ziehen könnte, daß die gleichnamige parlamentarische Fraktion von ihrer bisherigen Entwicklungsrichtung, die sie der national-liberalen Fraktion bereits beträchtlich genähert hat, sich abwenden und auf eine unfruchtbare Opposition verweisen möchte. Es wird demnach wie bei den Wahlen des Jahres 1873 die liberale Partei im Lande geschlossen eintreten für die Wahl liberaler Abgeordneter, und es werden die beiden parlamentarischen Fraktionen, denen sich diese Abgeordnete bisher angeschlossen pflegten, dahin wirken, daß in den einzelnen Wahlbezirken dabei nach Recht und Billigkeit über die Aufrechterhaltung und Womöglichst Mehrung des bisherigen Bestandes und über die Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten eine Einigung innerhalb der Wählerchaft erfolge.

Lokales und Provinzielles.

Posen 15. August

Ueber die Reise des Kaisers und Königs nach Pommern und Züllichau sind dem „Staatsanzeiger“ zufolge nun nachstehende Bestimmungen getroffen worden:

Se. Majestät wird Berlin am Freitag, den 18. August, auf dem Niederschlesischen Bahnhof früh 6½ Uhr mittelst Extrazuges verlassen, um 7 Uhr 48 Minuten in Frankfurt a. d. O. und über Keppeln und Benitzchen Vormittags 10 Uhr in Pommern eintreffen, woselbst Empfang auf dem Bahnhofe stattfindet. Dem Exzerzieren der konblirten Kavallerie-Division zwischen Pommern und Kleinzig folgt ein Diner bei Sr. Majestät um 4 Uhr und das Offizier-Pferde-Rennen um 6 Uhr. Das Logis nimmt der Kaiser in Heinersdorf. Am Sonnabend den 19. August findet in den Morgenstunden ein Kavallerie-Exzerzieren zwischen Heinersdorf und Pommern statt. Vormittags 11½ Uhr begiebt Se. Majestät sich von Pommern nach Züllichau, wo der Ankniff um 11 Uhr 35 Min. entgegengesetzt wird. Nach dem Empfang auf dem Bahnhofe erfolgt eine Umfahrt durch die Stadt; auf dem Bahnhofe wird ein kleines Dejeuner eingenommen. Nachmittags 1 Uhr verläßt der Kaiser Züllichau mittelst Extrazuges und trifft um 1 Uhr 18 Min. in Hohenburg, um 2 Uhr 18 Min. in Keppeln, um 2 Uhr 48 Min. in Frankfurt a. d. O. und um 4 Uhr 3 Min. in Berlin ein. Um 4 Uhr 25 Min. geht Se. Majestät nach Züllichau, wo der Ankniff auf dem Bahnhofe nach Schloß Babelsberg zu begeben.

r. Der Vorstand des Provinzial-Lehrervereins hat in seiner letzten Sitzung den Termin der Generalversammlung in Lissa auf Donnerstag den 5. Oktober festgesetzt, und sollen auf derselben folgende Themen zur Verhandlung kommen: 1. a) Wie ist das Vereinswesen in unserer Provinz zu heben? b) Welche Anforderungen sind an unser Vereinsorgan zu stellen? 2. Die Thätigkeit des preussischen Landeslehrervereins und dessen Verhältnis zum deutschen Lehrerverein. 3. Die Simultanschulen der Provinz Posen. Etwaige Anträge für Lissa müssen noch im Laufe dieses Monats an den Provinzialvorstand schriftlich eingebracht werden, damit sie auf die Tagesordnung kommen können; erst am Versammlungstage gestellte Anträge finden keine Berücksichtigung. Mit der Versammlung soll auch eine kleine Ausstellung von Lehrmitteln verbunden werden, und haben sich die Zweigvereine mit großer Majorität für pöbstliche Lehrmittel entschieden. Es haben bereits einige Verlagsbuchhandlungen ihre Betheiligung zugesagt.

r. Der Verein posener Lehrer hielt am vergangenen Freitage seine regelmäßige Versammlung ab. Der Vorsitzende Dr. Kriebel eröffnete dieselbe und theilte zunächst die Beschlüsse des Provinzial-Vorstandes mit. Hierauf hielt Oberlehrer Dr. Kretschmer auf speziellem Geheiß des Vorstandes einen Vortrag über Formeln. In seiner Einleitung bewertete der Referent, daß die meisten auf diesem Gebiet erschienenen Lehrbücher nur verflachte Auszüge aus größeren wissenschaftlich gehaltenen Werken sind und darum so wenig dem Zweck entsprechen. Einer der besten Versuche, die Formelnlehre für die Volksschule geeignet darzustellen, sei von Rehr gemacht worden. Der Vortragende stellte für die Behandlung der Formelnlehre 3 Prinzipien auf: 1. Es muß darauf hingewirkt werden, daß die Schüler die Merkmale einer Raumfigur, wie z. B. Gleichheit von Strecken, Lage von Linien u. unterscheiden können. 2) Man muß die Abhängigkeit der Merkmale erkennen lehren. 3) Die Raumgebilde müssen in fester Beziehung zu den Körpern unserer Umgebung erhalten werden. Der zu behandelnde Stoff wurde in übersichtlicher Weise mitgetheilt, und in 2 Kapitel zusammengefaßt. Das erste handelt vom Würfel und rechtwinkeligen Prisma, woran sich Rechteck, Dreieck, Lage der Linien zur Erdoberfläche, Flächeninhalt u. schließen; das zweite von der Drehung, Einführung des Kreises als Kreisbogen (vorher nur Maßstrecke, von Neben- und Scheitelwinkeln, von den Dreieckswinkeln und den Kongruenzsätzen. Auf jeder Stufe reihen sich die entsprechenden

Aufgaben mit Benutzung der gewonnenen Zeichenfertigkeit an; insbesondere wird auf Feldmeßaufgaben Gewicht gelegt.

r. An dem 7. Feuerwehrtage der posener und schlesischen Vereine, welcher am 26. und 27. d. M. in Breslau stattfinden wird, nehmen auch aus unserer Stadt und Provinz viele Mitglieder von Rettungsvereinen und freiwilligen Feuerwehren Theil.

— Polizeibericht. Verloren: 1 goldene Ankeruhr mit langer goldener Kette, 1 kleines goldenes Ketten mit einem Uhrschlüssel und einem Medaillon in Fächerform, 1 lederner Beutel, enthaltend 60 Mark in Einhalerstücken, 1 Zwanzigmarkstück, 1 Zwanzigmarkstück und 2 Mark. 1 schwarzes Ripstuck. — Gefunden: 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 weißes Taschentuch, 1 Hemdbefestiger, 1 Paar neubefohle Stiefeln, 1 Militärpaß (Musk. Stanislaus Zimny lautend).

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die am 12. August ausgegebene Nr. 33 der „Gegenwart“ von Paul Lindau, Verlag von Georg Stille in Berlin, enthält: Ein Rundschreiben, welches der Präsident des Reichsreisenbundes an die deutsche Bahnverwaltungen erlassen sollte. Von L. Vanberger. Der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung in Europa. Von A. D. — Die Fortschritte der anthropologischen Wissenschaft. Von Friedrich von Hellwald. — Die Mutter eines Kronprinzen. Von Moritz Meyer. — Literatur und Kunst: Vorgänge. Von Hermann Lingg. — Goethes Beziehungen zur Geologie. Von A. Callenberg. — Eine Erinnerung an dem Gebiete der politischen Ethik. Von W. Marr. — Die Kunstindustrienausstellung in München. II. — Notizen. — Offene Briefe und Antworten. — Inserate.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Konkurs der Flora. Wie die „B. B.-Ztg.“ hört, ist am vergangenen Sonnabend seitens des Vorstandes der Altiengeellschaft Flora beim Berliner Stadgericht endlich doch der Konkurs angemeldet worden. Da indeß eine diesbezügliche Publikation nicht erlassen worden ist, so scheint man annehmen zu müssen, daß der Eröffnung des Konkursverfahrens zur Zeit entweder irgend welche formelle oder aber materielle Bedenken im Wege stehen.

** Zur Silberfrage. Die „B. B.-Ztg.“ schreibt: „Wenn die künftige Gestaltung des Silberpreises wesentlich von dem Verhalten der deutschen Reichsregierung abhängig erscheint, so muß andererseits bei der Menge des von dieser Seite her noch zum Verlaufe zu bringenden Silbers jede Aenderung des Silberpreises das deutsche Interesse in einschneidender Weise berühren. Um so mehr aber sollte man doch annehmen dürfen, daß die deutsche Reichsregierung in rationaler Weise als dies der Fall ist, bei ihren Verkäufen und Ankäufen von Edelmetallen verfähre. Weder in England noch in Frankreich ist es denkbar, daß für Rechnung der Regierung gleichzeitig von verschiedenen Stellen her, die unter einander gar keine Fühlung haben, Valutenoperationen auf den auswärtigen Märkten vorgenommen werden. Bei uns ist es völlig anders, es herrscht eben eine Desorganisation, als deren fast naturgemäße Folge sich das über das berechnete Maß hinausgegangene Werfen des Silberpreises darstellt. Während die Reichsregierung eine besondere deutsche Reichsbank als einen fast naturgemäß gegebenen Faktor für die Ausführung derartiger Operationen zur Seite hat, benutzt sie in der Seehandlung einen davon völlig unabhängigen Bankier für sich und neuerdings haben wir in Zusammenhang mit den vom englischen Parlament angeordneten Untersuchungen über den Silberpreis gar erleben müssen, daß der Angestellte einer deutschen Bank sich als offizieller Agent der Reichsregierung gerirte und in deren Namen offizielle Erklärungen betriebs der hinsichtlich der Silberverkäufe vorliegenden Pläne abgab. Es muß dieses Verfahren notwendig einen schlimmeren Eindruck im Auslande machen, wie wir andererseits wirklich auch glauben, daß dieses zusammenhanglose Nebeneinanderwirken verschiedener Faktoren für die Preisbestimmung selber nachtheilig einwirkt. Diese Vorgänge werden im Augenblick vielfach besprochen, ohne daß das Verfahren der Reichsregierung dabei irgend eine Billigung fände. Ein Bank, den der Agent der deutschen Bank in London etwas unvorsichtig ausgeplaudert hat, wird allerdings auch uns als den vorhandenen Plänen entsprechend bezeichnet, nämlich die Absicht, den pro Kopf der Bevölkerung auszuwählenden Betrag in Silber über die Grenze von 10 M. hinaus zu erhöhen, und zwar scheint diese Absicht wesentlich mit der immer zunehmenden Schwierigkeit einer ausreichenden Goldbeschaffung zusammenzuhängen. Ebenso scheint nach den uns zugehenden Andeutungen die Demonetisirung der Thaler auf eine völlig unbestimmte Zeit verlagert und somit also die Fortdauer der Silberwährung neben der Goldwährung noch immer für längere Zeit gesichert. In recht greifbarer Gestalt lassen sich über solche Anschauungen und Pläne ja schwer bestimmte Mittheilungen machen; daß diese Andeutungen aber der Wahrheit entsprechen, glauben wir trotzdem bestimmt aufrecht erhalten zu dürfen.“

** Wien, 14. August. Nationalbank schloß offiziell 851. Die Einnahmen der franz.-östr. Staatsbahn betrugen in der Woche vom 5. bis 11. August 759,105 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehreinnahme von 174,402 fl. Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn betrugen in der Woche vom 5. bis zum 11. August 158,801 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 15,975 fl.

** In Wien macht sich, wie die „B. B.-Z.“ schreibt, eine Agitation gegen die Beichung der pariser Weltausstellung geltend, indem zahlreiche erste Firmen erklärten, daß sie nicht exponiren werden. Sie motiviren ihre Ablehnung in nahezu drastischer Weise. Hand in Hand mit den Wiener Industriellen gehen auch viele in der Provinz und auch in Deutschland. Einer der hervorragendsten Industriellen erklärte wörtlich: „Die Wiener, resp. österreichische Industrie wolle den Franzosen nicht zur Hölle dienen. Was will Frankreich? sagte er, es will zeigen, daß es einige Jahre nach seiner Niederlage wieder auf festen Füßen stehe und so seine „Nebanche“ nehmen, da dies auf andere Art nicht recht gebe. Wollen die Franzosen eine Ausstellung haben, gut, so mögen sie eine veranstalten, aber beschiden werden wir sie nicht. Von uns kauft die Grand Nation nichts als: Sammeln, Ochsen, Schweine, Häute und dergleichen, also haben Kunst und Industrie keinen besonderen Anlaß, dort zu erscheinen. Kaum hat Paris für 1878 angemeldet, so kommt Italien mit einer Ausstellung für Rom im Jahre 1880. Man ist gegen die Weltausstellungen in so kurzen Zwischenräumen und wird ein Termin von mindestens zehn Jahren als wünschenswerth und notwendig erklärt für je eine neue Ausstellung.“ So raisonniren einzelne Fabrikanten. Die großen Korporationen, Handelskammer und Gewerbeverein haben sich aber für die Beichung der pariser Ausstellung als notwendige Bedingung ausgesprochen, wenn die österreichische Industrie vor den Augen der Welt, die dort zusammenströmen wird, nicht „abziren“ will.

** Prag, 12. August. (Zum Stroussberg'schen Konkurs.) Die erste exekutive Feilbietung des in der Stroussberg'schen Konkursmasse gebürigen landtäflichen Gutes Terešau blieb ohne Erfolg, da sich gar kein Kauflustiger gemeldet hatte. Die zweite exekutive Feilbietung wurde am 31. d. M. festgesetzt.

** Die diesjährige Ernte Frankreichs. Der „Econ.“ berichtet aus Chateaudun, daß die Weizenerte in den so wichtigen Departements Eure und Yonne quantitativ unter dem Mittel geblieben, qualitativ jedoch habe die Ernte alle gebegten Erwartungen übertroffen und sei seit 1868 eine gleich schöne Qualität nicht erzeugt worden. Die Zahl der Garben ist im Beaune 12 bis 15 Prozent, im Vrie 20 Prozent, im Süden 25 bis 30 Prozent, im Osten und im Mittelpunkte 33 bis 35 Prozent unter einer gewöhnlichen Mittelerte. Die Ergebnisse der Ernte in Nordfrankreich fehlen noch. Die Haasse auf den nördlichen Getreidemärkten läßt annehmen, daß auch dort ein Ausfall zu befürchten sein wird. Wenn man zu dem bereits konstatirten Aus-

